

(KR/WL)

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.

Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Rente mit 67 kann zu Kürzung der Betriebsrente führen**

Die Anhebung der Altersgrenzen ab 2012 macht Einschnitte bei der betrieblichen Altersversorgung möglich.

Die schrittweise Einführung der "Rente mit 67" bringt auch für den Anspruch auf eine Betriebsrente eine Reihe von Änderungen mit sich. So kann die ab 2012 vorgesehene neue Altersrente für Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren dazu führen, dass ein Arbeitnehmer, der erst mit 67 Jahren Anspruch auf eine arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente hat, bei einem Rentenbeginn mit 65 einen Abschlag bei seiner betrieblichen Altersversorgung (bAV) in Kauf nehmen muss. Darauf hat jetzt der bAV-Spezialist des Bundessozialministeriums, Frank Baumeister, bei einer vom "Handelsblatt" veranstalteten Tagung in Berlin hingewiesen.

Ursache dieses Effekts ist nach Angaben Baumeisters die Differenz zwischen dem künftigen normalen Rentenalter von 67 Jahren sowie der geplanten besonderen Altersgrenze von 65 Jahren für Arbeitnehmer, die mindestens 45 Beitragsjahre nachweisen können. Die Ausnahmeregelung im Rentenrecht berechtige den Arbeitgeber bei einer von ihm finanzierten Betriebsrente dazu, diese bei einem zwei Jahre früheren Rentenbeginn des Arbeitnehmers um bis zu 7,2 Prozent zu kürzen, so Baumeister.

Durch das Gesetz zur "Rente mit 67" ist festgelegt, dass ab 2012 das Mindestalter für die Auszahlung einer betrieblichen oder staatlich geförderten privaten Altersversorgung von bisher 60 Jahren schrittweise auf 62 Jahre steigen soll.

Allerdings gelte bei Betriebsrenten im Einzelfall die jeweilige Versorgungszusage, so Baumeister. Nenne sie ein festes Anspruchsalter, bleibe es auch künftig dabei.

Verweise die Versorgungszusage jedoch auf die Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung, gelte die "Auslegung der Versorgungsordnung", sagte der bAV-Experte.

Quelle: [Ihre Vorsorge](#)

Anmerkung Martin Betzwieser: Diese Meldung sollten alle Betriebsräte und gewerkschaftlichen Tarifsekretäre als Warnung verstehen.

2. Rentenanpassung 2008

Die Arbeitnehmerkammer Bremen erinnert an weniger bekannte Folgen des gestern im Bundestag in erster Runde debattierte Renten-“Geschenks”: Mindestens 20 Rentenzugangsjahrgänge ab 2011 erhalten insgesamt weniger Rente, als sie nach heutigem Stand ohne den kurzfristigen Eingriff in die Rentenanpassungsformel erhalten würden. Denn die »durch die höheren Rentensteigerungen entstehenden kurzfristigen Mehrkosten für die Rentenversicherung werden langfristig im System selbst ausgeglichen, da die Wirkung des Riester-Faktors im Sinne einer generationengerechten Lösung in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt wird.« Zwar steigt der aktuelle Rentenwert (AR) kurzfristig stärker als nach geltendem Recht - im Gegenzug fällt er dafür ab dem Jahre 2013 durchweg niedriger aus.

Quelle: [Arbeitnehmerkammer Bremen](#)

3. Riester-Rente künftig auch für Erwerbsgeminderte

Eine Lücke in der staatlichen Altersvorsorge-Förderung wird geschlossen: Künftig haben auch Empfänger einer gesetzlichen Erwerbsminderungsrente Anspruch auf steuerliche Zulagen und die Möglichkeit des Sonderausgabenabzugs. Das geht aus dem Entwurf des Eigenheimrenten-Gesetzes hervor, der am Dienstag von der Bundesregierung beschlossen wurde.

Durch eine Neufassung des Paragraphen 10a des Einkommensteuergesetzes sollen künftig auch “Steuerpflichtige, die ... eine Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit oder eine Versorgung wegen Dienstunfähigkeit” erhalten, in den Genuss der Riester-Förderung kommen. Voraussetzung: Sie gehörten vor Rentenbeginn zum förderberechtigten Personenkreis. Das sind in erster Linie alle rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Selbstständigen sowie Beamte, Richter und Berufssoldaten. Aber auch Minijobber mit Aufstockungszahlungen, Elternteile in der Kindererziehungszeit (erste drei Jahre nach der Geburt) oder Arbeitslose können die steuerliche Förderung bekommen.

Quelle: [Ihre Vorsorge](#)

Anmerkung Martin Betzwieser: Na großartig. Da werden sich die Anspruchsberechtigten aber bestimmt freuen, nachdem sie bisher gut genug waren, die steuerlichen Zulagen für Besser- und Spitzenverdiener zu subventionieren. Lohnt es sich denn etwa nicht, dafür 19% Mehrwertsteuer zu zahlen und auf die Pendlerpauschale zu verzichten, etc.?

4. **Neue Trendanalyse zur Weiterbildung veröffentlicht**

Weiterbildung in Deutschland orientiert sich zunehmend an der Nachfrage, der Staat zieht sich immer mehr daraus zurück und im europäischen Vergleich ist die Beteiligung an Weiterbildungen unterdurchschnittlich. Dieses Fazit ergibt sich aus der Trendanalyse 2008 des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE).

Quelle: [Lexisnexis](#)

5. **Mißbrauch von Ein-Euro-Jobs angeprangert**

Wiesbadener Gewerkschafter: »Arbeitsgelegenheiten« oft weder zusätzlich noch in öffentlichem Interesse. – Wochenlang machten Medien Wirbel um einen spontanen Besuch von Wiesbadener Gewerkschaftern bei so genannten »Ein-Euro-Jobbern« an unterschiedlichen Einsatzorten (jW berichtete). Am Dienstag haben sich die unter öffentlichen Beschuss geratenen Akteure mit einer Pressekonferenz in der hessischen Landeshauptstadt selbst zu Wort gemeldet. Sie schilderten Missstände, nannten Namen und zogen politische Schlussfolgerungen.

Quelle: [Junge Welt](#)

6. **Ausdruck absoluter Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber den Behörden**

Seit fast sechs Wochen ist ein Hartz IV-Empfänger im Hungerstreik und verlangt eine Entschuldigung vom Leiter des Jobcenters für unrechtmäßige Leistungskürzungen

Quelle: [Telepolis](#)

7. **Niedrigster Tariflohn beginnt bei 3,06 Euro**

Während hierzulande über Mindestlöhne von 7,50 Euro und mehr pro Stunde debattiert wird, liegen in manchen Branchen die tariflich vereinbarten Einstiegsgehälter deutlich unter dieser Grenze. Das ist das Ergebnis einer Analyse des WSI-Tarifarchivs. Dabei ist das Ost-West-Gefälle noch immer groß.

Quelle: [Die Welt](#)

Anmerkung WL: Für die Welt ist das ein Grund, gegen den Mindestlohn von 7,50 Euro zu argumentieren. Für uns ist das gerade ein Argument für einen gesetzlichen Mindestlohn, denn wenn die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften bei Tarifverträgen so darniederliegt, dass sie selbst solche Hungerlöhne akzeptieren müssen, dann gibt es keinen besseren Beweis dafür, dass der Gesetzgeber eingreifen muss, um unsittliche Löhne zu verhindern. Siehe Adam Smith:

Auf längere Sicht, meint er, "gibt es doch eine bestimmte Rate, unter die ein Herabdrücken der üblichen Löhne, sogar für die niedrigsten Arbeitsarten" nicht möglich zu sein scheint.

Und wie hoch ist diese Rate? "Ein Mensch muss immer von seiner Arbeit leben, und sein Lohn muss mindestens zu seiner Erhaltung ausreichen.

(aus den [Hinweisen des Tages vom 3. April 2008, letzter Punkt](#))

8. **Hartz IV: Abgesoffen**

Einfacher sollte alles werden, besser, schneller, billiger. Aber der Traum vom vereinfachten Verfahren im Jobcenter ist geplatzt - stattdessen kam ein Monster. Teuer, kompliziert, undurchsichtig. Tausende Hartz-IV-Empfänger klagen gegen Jobcenter - ein Bericht über den wahnwitzigen Alltag am Sozialgericht. Jeden Monat gibt es deswegen mehr Klagen. Mehr Akten, mehr Bescheide, mehr Widersprüche, mehr Abweisungen, mehr Richter, mehr Kosten, mehr Zeitaufwand. Und weniger Zufriedenheit auf allen Seiten. Im Jahr 2005 gab es allein in Berlin 6950 Verfahren, im Jahr 2007 schon 18.336, von denen immerhin 13.600 abgearbeitet wurden. Trotzdem warten noch rund 11.000 Verfahren aus den Vorjahren. Immer mehr Richter erledigen immer mehr Fälle, trotzdem bleibt immer mehr liegen. Hartz IV ist ein gefräßiges Bürokratiemonster geworden, das alle Ressourcen aufsaugt und trotzdem niemals satt ist.

Quelle: [stern](#)

9. **Lobbyismus-Skandal: Regierung für schärfere Lobbyisten-Regeln**

Der Bundestag war beinahe leer an diesem Mittwoch. Die hinteren Reihen - verwaist. Auf den Regierungsbänken saßen fast nur Staatssekretäre. Ihre Vorgesetzten, die Bundesminister, waren auf anderen Terminen unterwegs. Erstaunlich, ging es in der Fragestunde um nicht weniger als ihre eigene Glaubwürdigkeit. So musste abermals Peter Altmaier einspringen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium sollte sich zu der Affäre um "Leiharbeiter" aus der Wirtschaft äußern, die in Ministerien gesessen und zum Teil an Gesetzen mitgeschrieben haben sollen. Altmaier nahm die Herausforderung an, und überraschte gleich zu Beginn mit einer Ankündigung.

Die Regierung will schon bis Ende Mai einen Entwurf für schärfere Vorschriften bei der umstrittenen Mitarbeit von Beschäftigten aus Industrie und Verbänden in Ministerien vorlegen. Das Innenministerium habe einen Vorschlag erarbeitet, der für alle Ressorts Einsatzdauer, Tätigkeitsbereich und Bezahlung der externen Mitarbeiter regeln soll, sagte Altmaier

Quelle: [Stern](#)

10. **Experten befürchten Kahlschlag bei der Bahn**

Kein Vortrag löste bei den Politikern und Experten der 17 Fachverbände am vergangenen Mittwoch im Bundestag mehr Aufregung aus als die an sich kurze Präsentation einer neuen Studie der Berliner Berater. Erstmals sahen die Fachleute mit einem Blick, wie flächendeckend die bundeseigene DB bereits direkte Anschlüsse im Fernverkehr gekappt hat - und dass 16 weitere Städte von Konstanz bis Flensburg

bald ihre letzten IC-Verbindungen noch verlieren könnten. Allein sieben Landeshauptstädte, von Kiel über Mainz bis Saarbrücken, drohen demnach künftig mit nochmals verschlechterten Anschlüssen auskommen zu müssen. Die von KCW erstellte Karte zeigt, dass seit dem Jahr 2000, als Bahn-Chef Hartmut Mehdorn das Zepter übernommen hat, bereits in 24 Städten der direkte Anschluss ans Fernnetz weggefallen ist.

Quelle: [Stuttgarter Zeitung](#)

11. **Nicht verhandelbar**

Bundesregierung ignoriert Datenschutzbeauftragten: Austausch mit den USA von Fingerabdrücken, DNA-Spuren und Infos über politische Tätigkeit ist abgemachte Sache. Im Regelfall sollen Personenstandsdaten wie Meldeadresse und Ausweisnummern geliefert werden, der Austausch weiterer Daten ist aber ausdrücklich erlaubt. Brisant ist Artikel 12: »Personenbezogene Daten, aus denen die Rasse oder ethnische Herkunft, politische Anschauungen, religiöse oder sonstige Überzeugungen oder die Mitgliedschaft in Gewerkschaften hervorgeht oder die Gesundheit und das Sexualleben betreffen«, dürften ebenfalls zur Verfügung gestellt werden, sofern sie »besonders relevant« sind.

Quelle: [junge Welt](#)

***Anmerkung:** Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften gilt also als Gefährdung. Eine makabre Mitteilung am Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes.*

12. **Wie schlimm ist die Krise?**

Anlage-Guru George Soros (77) ist pessimistisch. Das Finanz-Schlamassel kostet uns viel mehr als 1000 Milliarden Dollar.

Quelle: [Blick](#)

***Kommentar W. Schl.:** Überall im Ausland findet man mehr - und interessantere - Beiträge über die Finanzkrise als in unseren Medien (von den Nachdenkseiten mal abgesehen). Im Schweizer Blick - immerhin ein Boulevardblatt a la BILD - ein interessantes Kurzinterview mit dem Großspekulanten Soros. Besonders interessant die Zahl von 45.000 Mrd. Derivatsumme ...*

13. **Blankoschecks für die Börse**

Die Kreditkrise und die starken Schwankungen der Aktienkurse haben den Markt für Börsengänge an der Wall Street fest im Griff. Für eine gewisse Stützung des Marktes sorgt allerdings eine populärer werdende Art von Börsenkandidaten, die im Jargon der

Wall Street Blankoscheck-Unternehmen genannt werden. Dabei handelt es sich um Akquisitionsvehikel ohne operatives Geschäft, die an der Börse Kapital aufnehmen, um damit andere Unternehmen zu kaufen.

Offiziell heißen diese Unternehmenshüllen Special Purpose Acquisition Companies (SPAC). Sobald sie das Kapital aufgenommen haben, müssen sie in einem bestimmten Zeitraum - meist 18 bis 24 Monate - Unternehmen kaufen. Ansonsten bekommen die Investoren ihr Geld zurück. Im ersten Quartal sind nach Angaben der Analysegesellschaft Renaissance Capital neun dieser Unternehmenshüllen an die amerikanische Börse gegangen und haben rund 3,1 Milliarden Dollar aufgenommen. Das entspricht - mit Ausnahme von Visa - rund zwei Dritteln des insgesamt aufgenommenen Kapitals.

Bis vor einigen Jahren hatten diese Konstruktionen noch einen schlechten Ruf. In der Vergangenheit wurden Unternehmenshüllen oft von Finanzbetrügern gegründet, die Privatanleger mit der Hoffnung auf lukrative Transaktionen lockten und übers Ohr hauen wollten. Mittlerweile sind diese Vehikel aber eines der attraktivsten Finanzierungsmittel an der Wall Street geworden.

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung: *So sieht also die Selbstregulierung des Finanzmarktes aus.*

Siehe dazu:

Thomas Fricke: Es ist prima, wenn Finanzmärkte kreativ sind. Ohne striktere Regeln und Gegensteuern von Notenbanken wie Regierungen wird es aber nur eine Frage der Zeit sein, bis sich die Akteure auf den Finanzmärkten das nächste Wunderding ausdenken, mit dem man aus Trash angeblich Gold macht. Das können wir uns sparen. So zu lesen in:

Zum Frühstück eine Bankenkrise

Beim IWF-Treffen werden Regierungsvertreter und Notenbanker wieder auf mehr Transparenz schwören, um Finanzdesaster künftig zu vermeiden. Als würde das irgendwas helfen. Das Problem liegt ganz woanders.

Quelle: [FTD](#)

14. Trichet starrt nur auf die Preise

Die Europäische Zentralbank (EZB) schaut zu, wie die Konjunktur in Europa abstürzt. Obwohl Ökonomen derzeit reihenweise ihre Wachstumsprognosen nach unten korrigieren und der Euro schon wieder ein neues Rekordhoch erreicht hat, ließ der EZB-Rat die Leitzinsen am Donnerstag unverändert bei vier Prozent. Die

Währungshüter in Frankfurt konzentrieren sich allein darauf, den Anstieg der Teuerungsrate zu bremsen.

Die Einäugigkeit der EZB löst scharfe Reaktionen beim DGB aus. Er fordert die Bundesregierung auf, national wie international Druck auf die EZB aufzubauen, um eine andere Geldpolitik zu erreichen

Quelle: [FR](#)

15. **Der amerikanische Albtraum**

Das Durcheinander beim Ausscheiden von Jack Welch als Chef des US-Konzerns General Electric hatte einen positiven Nebeneffekt: Es gab Einblick in die Sozialleistungen, die die Wirtschaftselite einstreicht und die der Öffentlichkeit normalerweise verborgen bleiben. Wie sich herausstellte, wurde Welch die lebenslange Nutzung eines Apartments in Manhattan (inklusive Essen, Wein und Wäsche) gewährt, ebenso die Nutzung von Firmenjets und einige andere geldwerte Vorteile im Wert von mindestens zwei Millionen Dollar pro Jahr. Diese Abfindung veranschaulicht, wie sehr Firmenlenker mittlerweile erwarten, ähnlich königlichen Hoheiten des Ancien Régime behandelt zu werden. Finanziell dürften diese Sonderleistungen Welch wenig bedeutet haben. Im Jahr 2000, seinem letzten kompletten Dienstjahr bei General Electric, bezog er ein Einkommen von 123 Millionen Dollar. Befreit von allen Gleichheitsidealen, reißen die Reichen in den USA immer mehr Wohlstand an sich. Die Mittelschicht löst sich auf. Von Paul Krugman (2002).

Quelle: [Zeit](#)

16. **Reif für Demokratie**

Die Demonstrationen gegen China helfen dem Land letztlich bei seiner Öffnung. Darüber dürfen auch die rückständigen Reaktionen des Regimes in Peking nicht hinwegtäuschen.

Quelle: [TAZ](#)

17. **Scheinheilig**

Die internationale Kritik an der Tibet-Politik, ja selbst Boykott-Drohungen für die Olympischen Spiele lassen Peking ziemlich kalt. Und das hat einen Grund: Das Land verfügt über einen großen Vorteil, die enorm wachsende Wirtschaft, wie die jüngsten Zahlen zeigen. Die Aussicht, dass der Auftrieb in den nächsten Monaten anhält, sind vielversprechend.

China ist keine Demokratie. Das allerdings ist nicht erst seit der jüngsten Eskalation des Tibet-Konflikts bekannt. Zu glauben, dies würde sich mit der Austragung der Olympischen Spiele ändern, war von Anfang an völlig abwegig. Was wirklich etwas bewirken würde, wären international koordinierte wirtschaftliche Sanktionen. Doch daran ist nicht zu denken. Unternehmenschefs würden sofort argumentieren, dass dies

tausende Arbeitsplätze auch in Deutschland gefährden würde. Obwohl es ihnen in Wahrheit nur um den Gewinn geht.

Quelle: [FR](#)

18. **Genossen machen Schluss**

Schon in drei Wochen könnte die Halbwertszeit des Ex-Arbeitsministers bei den Sozialdemokraten abgelaufen sein. In Bochum beraten die Gremien über Clements Rauswurf.

Quelle: [FOCUS](#)

***Anmerkung:** Die SPD erwägt, den ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen aus der Partei zu werfen, weil er gegen die Wahl einer Agenda 2001-Gegnerin aufgerufen hatte – das ist doch immerhin ein Anfang.*

19. **SPD schließt von Larcher aus**

Die Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Diepholz in Niedersachsen hat den früheren SPD-Abgeordneten Detlev von Larcher aus der Partei ausgeschlossen. Grund für den Beschluss war ein Leserbrief von Larchers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Dort hatte er im Januar die Agenda 2010 des früheren Bundeskanzlers Schröder kritisiert.

Außerdem schrieb er: „Wer will, dass die SPD zur Politik sozialer Gerechtigkeit findet, muss bei den kommenden Wahlen ‚die Linke‘ wählen. Denn nur die Konkurrenz links von der SPD bewegt diese, von der Agenda-2010-Politik Gerhard Schröders abzurücken. Die Linken in der SPD kämpfen wacker, aber ohne die linke Konkurrenz im Bundestag und ohne aktive soziale Bewegungen könnten sie keine Kursänderung der SPD herbeiführen.“

Quelle: [FAZ](#)

***Anmerkung:** Hier eine Stellungnahme von Detlev von Larcher:*

Die heutige telefonische Mitteilung meines Nachfolgers als Unterbezirksvorsitzendem vom Parteiausschluss durch die Schiedskommission im Unterbezirk hat mich insofern überrascht, als ich den Vorsitzenden der Kommission um ein schriftliches Verfahren entsprechend der Schiedsordnung gebeten hatte. Ich habe die ganze Zeit seither auf eine Antwort gewartet. Stattdessen habe ich nun die mündliche Mitteilung meines Ausschlusses. Die Schiedskommission hat also ohne meine Stellungnahme zu den Vorwürfen entschieden.

Ich bleibe bei meiner Meinung, dass die SPD in den Parlamenten eine linke Konkurrenz braucht, um vom Schröder-Kurs zu lassen. Wie schwer ihr das fällt, zeigt der Versuch des Parteivorsitzenden Kurt Beck, entgegen einem eindeutigen Parteitagsbeschluss eine Teilprivatisierung der Bahn herbei zu führen.

Ich werde, wenn mir der schriftliche Beschluss der Schiedskommission vorliegt, beim Bezirk Hannover Widerspruch einlegen, weil ich wissen will, ob die SPD - und nicht nur die örtliche - tatsächlich der Meinung ist, kritische Geister wie ich, die in 37 Jahren viel für die SPD getan und bewirkt haben, gehörten nicht mehr in die SPD.

Ich glaube nicht, dass mein Ausschluss der SPD gut tut. Aber das wird sich ja noch zeigen.

20. **Linke und Grüne wollen Studiengebühren abschaffen**

Anträge der Fraktionen Die Linke (16/8741) und Bündnis 90/Die Grünen (16/8749) fordern die Abschaffung von Studiengebühren beziehungsweise eine bessere Überwachung. Beide Vorlagen werden am Donnerstagabend in der Plenarsitzung des Bundestages beraten. Die Grünen plädieren für ein regelmäßiges und verbindliches Studiengebühren-Monitoring. Gemeinsam mit den Ländern solle die Bundesregierung schnellstmöglich ein zielgerichtetes Monitoring beginnen. Ein besonderes Augenmerk müsse dabei auf Angehörige bildungsferner Schichten, auf Kinder einkommensarmer Familien und Familien mit Migrationshintergrund gelegt werden. Die Grünen sprechen sich außerdem für ein gebührenfreies Erststudium aus. Die Linke fordert unter anderem, den Darlehensanteil beim BAföG schrittweise zurückzunehmen, um zu einer Vollförderung zu kommen. Der Ausbau der Begabtenförderung solle zugunsten eines Ausbaus des BAföG geändert werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich außerdem in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) gegen den Aufbau eines öffentlich-privaten Stipendiensystems aussprechen, so die Linksfraktion.

Quelle: [Deutscher Bundestag](#)

Anmerkung: Wenn die SPD bei ihrer Ablehnung der Studiengebühren bliebe, könnte es zu einer Mehrheit im Bundestag kommen.

21. **Ausländische Studienabbrecher: «Tipps geben, wie der Deutsche tickt»**

Hilflos an der Uni - fast jeder zweite Ausländer bricht das Studium ab. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des DAAD. Dass es auch anders geht, zeigt die Universität

Erlangen-Nürnberg.

Quelle: [Netzeitung](#)

Anmerkung: *Und in keiner akademischen Rede darf der Hinweis auf den „Kampf um die besten Köpfe weltweit“ und natürlich die „Internationalisierung“ fehlen. Es sind eben wie „Wettbewerb“, „Autonomie“, „Profilbildung“, „Exzellenz“, „Modularisierung“ meist nur hohle Sprechblasen.*

22. **Nico Fickinger neu bei Gesamtmetall**

Nico Fickinger (43) ist seit dem 1. März Leiter des Bereichs Strategische Kommunikation des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall in Berlin. In der neu geschaffenen Position berichtet er an Ulrich Brocker, den Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall. Seit 1993 war Fickinger für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ tätig. Nachdem er zunächst in der Wirtschaftsredaktion gearbeitet hatte, wechselte er 2001 in die Berliner Parlamentsredaktion.

Quelle: [Pressesprecher \[PDF - 832 KB\]](#)

Anmerkung: *Nur ein Jobwechsel, kein Seitenwechsel.*